

Andrea Caroni

Ihr Ausserrhoder Ständerat

Seilziehen um das Ständemehr

**Sessionsbericht von Ständerat Andrea Caroni
zur Sommersession 2026, 18. Juni 2026**

Meine Initiative für eine Verfassungsgrundlage für die Bilateralen III sorgte im Bundeshaus für ziemliche Furore. Am Ende setzte sich die Idee dank des Ständerats zumindest vorläufig durch.

Mit meiner [Initiative für eine Verfassungsgrundlage für die Bilateralen III](#) schlug ich vor, dass die Verträge mittels Verfassungsbestimmung genehmigt werden. Damit vermeiden wir einen Konflikt mit der bestehenden Verfassung, die Erweiterungen der Personenfreizügigkeit verbietet. Zudem ermöglichen wir damit für diese bedeutsamen Verträge eine Abstimmung durch den Souverän, Volk und Stände, wie es auch meine Kantonsregierung gefordert hatte. Im Ständerat genoss die Initiative viel Zustimmung. Im Nationalrat kam es zu noch nie dagewesenen politischen Bremsmanövern, weil gewisse Kommissionen zwar dafür, andere aber dagegen waren. Am Ende setzte sich der Ständerat durch und entschied, dass unsere Kommission nun eine Verfassungsgrundlage ausarbeiten kann. Wir werden sie im September zusammen mit dem gesamten Paket der „Bilateralen III“ in den Ständerat bringen.

Vorstösse zur Ostschweizer Infrastruktur, Lohnabzügen und Notrecht

Der Ständerat behandelte in dieser Session drei weitere Vorstösse aus meiner Feder:

Mit einer [Interpellation](#) mit dem Titel „Verkehr ,45. Wo bleibt die Ostschweiz?“ verlangte ich vom Bundesrat, die Ostschweiz bei den anstehenden Eisenbahnprojekten angemessen zu berücksichtigen. Um dafür genügend Mittel zu haben schlug ich vor, dass der Bundesrat besser kein Geld für den volkswirtschaftlich unsinnigen Grimsel-Tunnel „verlochen“ solle. Bundesrat Rösti meinte im Rat mit entwaffnender Offenheit sinngemäss, der Grimsel-Tunnel sei halt eine Art Stimmenkauf bei der Landbevölkerung, damit diese dann „Verkehr ,45“ zustimme. Warum aber ausgerechnet die Stimmbevölkerung in Bundesrat Röstis Heimatregion zum Geldsegen kommen soll, ist damit noch nicht beantwortet. Immerhin aber versprach der Bundesrat, die Ostschweiz genügend zu berücksichtigen. Wir bleiben dran.

Sodann verlangte ich mit einer [Motion eine Verfassungsobergrenze für steuerähnliche Lohnabzüge](#). Steuern sind heute schon in der Verfassung gedeckelt, Lohnabzüge mit Steuercharakter aber nicht. Diese Asymmetrie bewirkt, dass die Politik Lohnabzüge zu leicht erhöhen kann. Der Rat beschloss, dass die Kommission die Motion ergebnisoffen prüfen soll.

Weiter setzte der Ständerat meine [parlamentarische Initiative zum Thema „Begründungspflicht bei Notrecht“](#) einstimmig um. Neu muss der Bundesrat bei Notverordnungen begründen, ob die rechtlichen Voraussetzungen für Notrecht überhaupt

erfüllt sind. Erstaunlicherweise muss er das heute noch nicht – und tut es auch kaum je freiwillig. Damit wird die Transparenz und Rechenschaft bei Notrecht gestärkt.

«Heiratsstrafe», AHV-Finanzierung, Kernkraftwerke

Der Ständerat beriet zudem folgende wichtige Geschäfte:

Er empfiehlt die Mitte-[Volksinitiative für eine gemeinsame Ehepaarbesteuerung](#) zur Ablehnung. Hintergrund ist die Volksabstimmung vom 8. März 2026, bei der sich das Volk für die Individualbesteuerung entschieden hat. Damit ist auch das Ziel dieser Volksinitiative – die Abschaffung der „Heiratsstrafe“ – vollständig erfüllt, wie ich als Kommissionsberichterstatter darlegen durfte. Die Initiative wird aber nicht zurückgezogen, sodass wir wohl im November darüber abstimmen werden.

Ein grosses Tauziehen fand um die [Finanzierung der 13. AHV-Rente](#) statt, die ja ohne dazugehörige Finanzierung beschlossen worden war. Die Beteuerung der damaligen Initianten, es brauche dafür keine neuen Abgaben, traf leider nicht zu. Die Räte mussten massive Abgabenerhöhungen verhandeln. Immerhin konnten in der letzten Runde neue Lohnabzüge verhindert werden. Es droht aber eine dauerhafte Mehrwertsteuererhöhung um 0,4%, was 1,4 Milliarden bedeutet. Die Abstimmung findet wohl auch im November statt. Damit bliebe die AHV aber weiter unterfinanziert. Strukturelle Anpassungen bleiben dringlich.

Sodann berieten die Räte darüber, ob das [Kernkraft-Verbot von 2017 aufgehoben](#) werden solle. Der Ständerat war klar dafür, im Nationalrat gab es hierzu Manöver, bis man auch dort am Ende zustimmte. Am Ende Persönlich begrüsse ich, dass wir dieses Technologieverbot aufheben. Die erneuerbaren Energien werden wir parallel dazu ebenso nach Kräften ausbauen.

Neben allen strengen Geschäften blieb wie immer auch Zeit für das Verbindende. Mit der Bundeshaus-Band organisierte ich einmal mehr den traditionellen, parteiübergreifenden Liederabend. Ergänzt wurde dieser durch eine ebenso parteiübergreifende Karaoke-Nacht sowie Sport aller Art – neben dem TC Bundeshaus beschäftigte uns natürlich auch das Abschneiden der Schweizer Nati.

Damit wünsche ich Ihnen allen einen wunderbaren Sommer – Hopp Schwiiz!